I. **Anmeldung**

TOP:

Verkehrsausschuss

Sitzungsdatum 16.07.2015

öffentlich

Betreff:
Voruntersuchung zur Erweiterung des U-Bahnnetzes
hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 14.01.2013

Anlagen:
- Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 14.01.2013
- AfV-Beschluss vom 14.03.2013

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
AfV	14.03.2013	☒	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Die Stadtratsfraktion der CSU bat mit Schreiben vom 14.01.2013 um Prüfung, ob für eine Erweiterung des U-Bahnnetzes durch eine Zweigstrecke, die zwischen den Bahnhöfen Hohe Marter und Röthenbach aus der bestehenden U2-Strecke ausgefädelt wird und über Röthenbach Ost, Eibach und Einsteinring bis nach Reichelsdorf Nord führen soll, im Sinne der einschlägigen Förderbestimmungen ein volkswirtschaftlicher Nutzen zu erwarten ist. Ein analoger Beschluss wurde in der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 14.03.2013 zum Nahverkehrsentwicklungsplan 2025 gefasst.

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden für einen unterirdisch geführten U2-Abzweig nach Eibach Mitte (Mitfall 1) bzw. in der Verlängerung Reichelsdorf Nord (Mitfall 2) nach dem Verfahren der Standardisierten Bewertung (Version 2006) die gerade noch tragfähigen Investitionen des Vorhabens ermittelt.

Die Untersuchungen des damit beauftragten Büros INTRAPLAN kommen zu folgenden Ergebnissen:

Im Mitfall 1 (U-Bahn bis Eibach Mitte) beträgt die für eine Förderung gerade noch tragfähige Investitionssumme in die ortsfeste Infrastruktur mit Preisstand 2006 (ohne Planungskosten) 48 Mio. €.
Im Nahverkehrsentwicklungsplan der Stadt Nürnberg wurden die Kosten für einen U2-Abzweig nach Eibach grob überschlagen mit mindestens 95 Mio. € veranschlagt. Die tatsächlichen Kosten überschreiten somit die tragfähigen (förderfähigen) Kosten um 100 %.

Im Mitfall 2 (U-Bahn über Eibach bis Reichelsdorf Nord) beträgt die für eine Förderung gerade noch tragfähige Investitionssumme in die ortsfeste Infrastruktur mit Preisstand 2006 (ohne Planungskosten) ca. 90 Mio. €. Auch hier liegen die erwarteten Baukosten weit über der für eine Förderung noch tragfähigen Summe.

Weitere alternative Lösungsansätze haben ebenfalls zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Eine kostengünstigere teilweise eingleisige Trassierung wurde im Rahmen der gutachterlichen Bewertung geprüft und musste als betrieblich nicht umsetzbar verworfen werden.

Derzeit scheint es nicht möglich, dass der für eine Förderung des Vorhabens nach den heute gültigen Förderrichtlinien erforderliche Nachweis der Förderfähigkeit geführt werden kann.

Der ausführliche Abschlussbericht des Büros INTRAPLAN Consult GmbH wird im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
entfällt, da Bericht

1a. Finanzielle Auswirkungen:

☒ **Nein**	☐ **Noch offen, weil**
☐ **Ja**	

Kosten:

☐ noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr		davon pro Jahr	
davon investiv	€	☐	begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	☐	dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

☐ **Nein** Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich

☐ **Ja** Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ **Nein**

☐ **Ja** im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

☐ **Nein** Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich

☐ **Ja** Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

☒ **Nein**

☐ **Ja**

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

☐ **Nein**

☐ **Ja:**

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

☐ **Ref. I / OrgA**

- ☐ Deckungsvorschlag akzeptiert
- ☐ keine Stellendeckung vorhanden
- ☐ Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren

☐ **Ref. II / Stk**

- ☐ Deckungsvorschlag akzeptiert
- ☐ keine Haushaltsmittel vorhanden
- ☐ Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **VAG**

☐

☐

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. VI/UB**

Nürnberg,
Referat VI

(4472)